



**Wien, am 26. September 2018**

**Betreff: Stellungnahme zu 72/ME XXVI. GP – Ministerialentwurf**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Als Österreichische Berg- und Kleinbäuer\_innen Vereinigung (ÖBV-Via Campesina Austria) vertreten wir die Anliegen von Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen in Österreich. Unserer Ansicht nach wäre der vorliegende Gesetzesentwurf ein schwerer Rückschlag.

Ministerin Köstinger hat am 12. September eine Gesetzesänderung in Begutachtung gegeben (1), die die Eingliederung der Bundesanstalt für Bergbauernfragen (BABF) in die Bundesanstalt für Agrarwirtschaft (AWI) vorsieht. Die Bundesanstalt für Bergbauernfragen verliert dadurch ihre Eigenständigkeit. Es besteht die Gefahr, dass diese Eingliederung Schritt für Schritt in eine Abwertung, Beschneidung oder gar eine schrittweise Abschaffung mündet. Die Österreichische Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen Vereinigung (ÖBV-Via Campesina Austria) spricht sich gegen diese Maßnahme aus und fordert die Rücknahme dieses Entwurfs. Stattdessen braucht es endlich ein klares Bekenntnis zu dieser wichtigen Forschungsarbeit und zu kritischer Wissenschaft.

Die Bundesanstalt für Bergbauernfragen ist eine international renommierte Forschungseinrichtung. Seit Jahren ist diese Institution verschiedensten Versuchen ausgesetzt, um sie auszulagern, abzuschaffen oder einzuschränken. Mit der aktuellen Maßnahme setzt Köstinger diese Tradition fort. In den letzten Jahren häuften sich zudem öffentliche Sprechverbote. Message Control hat in der Wissenschaft nichts verloren!

Forschung zu den Anliegen und der Lage der Bergbauern und -bäuerinnen ist aus Sicht der ÖBV gerade heute von zentraler Bedeutung. Es ist völlig unverständlich, warum das Bergland Österreich (2) keine eigenständige Bundesanstalt für Bergbauernfragen haben soll. Es besteht die Gefahr, dass wichtige Anliegen der Berglandwirtschaft in Zukunft nicht mehr ausreichend wissenschaftlich behandelt werden. Dies muss unbedingt verhindert werden. Dieser Entwurf stellt einen Rückschritt für kritische Forschung in Österreich dar. Die Bedingungen dafür werden durch diese Zusammenlegung verschlechtert: Synergie und Effizienz sind kein Selbstzweck, sondern wirkliche Ziele und die Schaffung der Bedingungen für die Qualität der Forschung sollen an oberster Stelle stehen. Die Vermeidung von Überschneidungen ist ebenso problematisch, da damit unterschiedliche Zugänge für die Erforschung einer vielfältigen Realität verloren gehen. Pluralität und kritische Wissenschaft ist die Grundvoraussetzung für Weiterentwicklung und Fortschritt. Was heute mit Synergie begründet wird, kann schnell zum auferlegten Konformismus werden. Dass dieser Entwurf auf Kosten der Forschung zu

Anliegen und der Lage von benachteiligten Gebieten und Gruppen im ländlichen Raum geht, kritisieren wir als ÖBV scharf!

In Zeiten des Klimawandels, von Ernährungskrisen und drängenden Fragen zur Entwicklung der Berglandwirtschaft brauchen wir kritische Wissenschaft. Erkenntnisse des IPCC, des Weltagrarberichts oder von IPES-Food zeigen seit Jahren (3), wie wichtig die Forschung der Bundesanstalt für Bergbauernfragen ist. Die drohende Beschneidung der Eigenständigkeit ist aus Sicht der ÖBV sehr problematisch. Gerade benachteiligte Interessengruppen, Perspektiven und Zugänge kommen so in der Forschung schnell unter die Räder. Damit droht der Verlust von exzellenter Forschung und wissenschaftlicher Qualität, was sich in weiterer Folge auch als Verlust von Vielfalt und Debatte in der Öffentlichkeit bemerkbar macht.

Im Falle einer Zusammenlegung braucht es erstens eine grundsätzliche Bestandsgarantie für die Berglandwirtschafts- und Berggebietsforschung und es braucht eine entsprechende budgetäre Aufwertung der Bundesanstalt und des Forschungsgebiets, sowie eine entsprechende personelle Absicherung. Aktuell stehen die Berglandwirtschaft und die Berggebiete vor riesigen Herausforderungen, ihre Zukunft ist ein Schlüsselthema für Österreich und Europa.

Seit Jahrzehnten forscht die BABF zu Entwicklungspotenzialen der Berglandwirtschaft und der Berggebiete. Der internationale und interdisziplinäre Forschungszugang, sowie internationale Forschungskoperationen zum Beispiel zu ländlicher Entwicklung hat dabei internationales Renommee eingebracht. Eine besondere Leistung besteht in der Abgrenzung der Berggebiete und sonstiger benachteiligter Gebiete in Österreich, die seit dem EU-Beitritt angewendet wird. Auch die Forschung zu Alternativmodellen bei den EU-Direktzahlungen, bei denen Arbeitsaufwand statt Fläche gefördert werden könnte. Die kritische Forschung zu Gentechnik in der Landwirtschaft legte frühzeitig eine Grundlage für die Einführung gentechnikfreier Regionen und Produkte. Auch die Forschungen zur Biologischen Landwirtschaft, zur Lage und Interessen von Frauen am Land, zu Geschlechterverhältnissen und zu ressourcenschonender lokaler Ökonomie, sowie zu ländlicher Armut sind gerade angesichts der vielfältigen sozialen und ökologischen Herausforderungen von größter Bedeutung.

Wir fordern von Ministerin Köstinger die Rücknahme dieses Gesetzesentwurfs. Stattdessen fordern wir eine Absicherung und einen Ausbau dieser Forschung. Dafür sind entsprechende Rahmenbedingungen notwendig.

Mit freundlichen Grüßen,

David Jelinek und Johann Kriechbaum

Obmänner der ÖBV-Via Campesina Austria

---

(1) [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/ME/ME\\_00072/index.shtml#tab-Uebersicht](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/ME/ME_00072/index.shtml#tab-Uebersicht)

(2) Im benachteiligten Gebiet befinden sich gemäß der Agrarstrukturerhebung 2013 (Statistik Austria 2013) 76 % aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit landwirtschaftlich genutzter Fläche (56 % im Berggebiet). Diese Betriebe bewirtschafteten 65 % der

landwirtschaftlich genutzten Flächen in Österreich (51 % im Berggebiet). Im benachteiligten Gebiet wurden auch 88 % der Waldfläche Österreichs bewirtschaftet (80 % im Berggebiet). Die Betriebe im benachteiligten Gebiet halten 83 % der Rinder (69 % im Berggebiet) bzw. 84 % der Milchkühe (70 % im Berggebiet) sowie 88 % der Schafe (75 % im Berggebiet).

(3) IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change, Weltklimarat), Weltagrарbericht ([www.weltagrарbericht.de](http://www.weltagrарbericht.de)) und IPES-Food (International Panel of Experts on Sustainable Food Systems, [www.ipes-food.org](http://www.ipes-food.org))